

Die Opposition in der Sowjetunion

Autor(en): **Dirksen, Herbert v.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **30 (1950-1951)**

Heft 3

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159846>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

noch immer werden neue Haltestellen verlangt, obwohl die Zukunft der Eisenbahnen im *Schnell- und Massenverkehr auf große Entfernungen liegt*. All das beweist, daß eine Neuorientierung unserer Verkehrspolitik, wie sie sich namentlich im Hinblick auf den *Abbau eines gewissen Verkehrsluxus und einer besseren Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln aufdrängt*, in unserem Land nur schrittweise zu erreichen sein wird. Es bedarf dazu namentlich vieler Geduld und Beharrlichkeit der Behörden und eines unentwegten Appells an die öffentliche Meinung. Möge auch die Fach- und Tagespresse ihren Teil zu diesem Aufklärungs- und Erziehungsprozeß beitragen!

DIE OPPOSITION IN DER SOWJETUNION

VON HERBERT v. DIRKSEN

I.

Das wohlausgeklügelte System von Absperrungsmaßnahmen gegen die Außenwelt hat der Sowjetunion außer anderen taktischen Vorteilen auch das erwünschte Ergebnis gebracht, den Kampf der Meinungen innerhalb der obersten Schichten der Partei vor dem neugierigen Einblick der Weltmeinung abzuschirmen und das Schlagwort vom «Monolithen» einigermaßen unbeschädigt zu erhalten. Und doch hat es in Moskau immer eine Opposition gegeben, ist es immer zu schweren Konflikten gekommen. Diese Opposition beschränkt sich nicht auf die breiten Massen. Von ihnen ist es bekannt, daß sie in ihrer Mehrzahl der Kollektivierung widerstreben; daß die Industriearbeiterschaft sich gegen die übermäßige Ausbeutung wehrt; daß die gesamte Öffentlichkeit über das Andauern des niedrigen Lebensstandards Unzufriedenheit und Widerwillen empfindet; — aber diese Stimmungen geben nur die Begleitmusik zu den *Kämpfen innerhalb der höchsten Parteihierarchie*, wo die eigentlichen Entscheidungen fallen.

Gerade der Einblick in diese Kämpfe ist jedoch bei der Eigenart eines totalitären Regimes nur schwer zu gewinnen. Und doch schafft eine genaue Kenntnis des einschlägigen Schrifttums eine gewisse Klarheit. Auch mehrt sich die Zahl der Stimmen abtrünniger Kommunisten, die über ihre Erfahrungen berichten. Ferner steuert die titoistische Presse wichtige Kommentare zu den innerparteilichen

Auseinandersetzungen in Rußland bei. So verspricht ein Überblick über Verlauf und Art der Opposition innerhalb der Sowjetunion doch wertvolle Erkenntnisse.

II.

Der erste Abschnitt dieser Auseinandersetzung, die Opposition gegen Lenin, kann nicht nur wegen der überragenden Stellung des Begründers des Bolschewismus mit wenigen Worten gestreift werden, sondern auch darum, weil Lenin nur zweimal schwerere Widerstände innerhalb seiner Partei zu überwinden gehabt hat: als er die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk empfahl; und als er die neue Ökonomische Politik — den NEP. — einführte; bei dieser Gelegenheit mußte er sogar mit seinem Rücktritt drohen, um seinen Willen durchzusetzen.

Auch ein Eingehen auf den ersten schweren Machtkampf innerhalb der Partei, die Auseinandersetzung zwischen Stalin und Trotzki, erübrigt sich; eine Fülle von Publikationen hat hierüber hinlänglich Klarheit geschaffen. Im Grunde handelte es sich hierbei nur um den Kampf zweier grundverschiedener und nur in ihrem Machthunger gleicher Persönlichkeiten. Soweit ein Dogmenstreit um die Auslegung der bolschewistischen Lehre im Spiel war, vertraten Trotzki und die sogenannte *Linksopposition* die These von der permanenten Weltrevolution; oder, in die Sprache der praktischen Politik übersetzt, wollten diese bolschewistischen Führer, die aus dem Bereich der westlichen Gedankenwelt herstammten — Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Radek, Rakowski, Sokolnikow, Krestinski, Joffe —, das Schwerkgewicht der bolschewistischen Revolution nach dem Westen verlegen. Die Rechtsopposition dagegen — Männer wie Bucharin, Rykow, Tomski, Uglanow, Pjatakow, Syrzow, Rjutin — gingen von einer mehr russischen Einstellung aus. Sie wollten die russische Substanz, den russischen Bauern erhalten. Darum bekämpften sie die Härten der Zwangskollektivierung und die übermäßige Beschleunigung der Industrialisierung. Dazu kam als weiterer Gegensatz zwischen beiden Gruppen die Einstellung: Etappe-Front. Während die Linksoppositionellen den Kampf gegen den Zarismus vom Exil aus geführt hatten, war den in Rußland verbliebenen Revolutionären Zuchthaus und Verbannung nach Sibirien nicht erspart geblieben:

Stalin hat demgegenüber die Losung vom «Sozialismus in *einem* Lande» proklamiert; d. h. also, er befürwortete das Sich-Heraushalten aus den Welthändeln, bis die Sowjetunion durch Autarkie und Aufrüstung volle Handlungsfreiheit erworben hätte. Außerdem betonte er mit Bewußtsein den asiatischen Zug im Bolschewismus und im Russentum. Im übrigen ist er nie ein Prinzipienreiter gewesen,

sondern hat sich aus den Programmen beider Gruppen die Punkte zu eigen gemacht, die in sein taktisches Spiel paßten. Durch sein taktisches Genie gewann er die Oberhand über beide Parteien und setzte sowohl die Zwangskollektivierung wie den Fünfjahresplan durch.

Anfangs der Dreißigerjahre hatte Stalin die Opposition von links und rechts aus dem Sattel gehoben, aber nicht physisch vernichtet. Die leitenden Oppositionellen waren auf einige Jahre in das Gefängnis oder in die Verbannung geschickt worden, aber sie lebten noch. Sie wurden teilweise sogar zu wichtigen Parteiarbeiten zugelassen; sie schrieben Aufsätze in der Parteipresse oder arbeiteten am Verfassungsentwurf mit. Nach der guten Ernte des Jahres 1933, gewissermaßen der Probe auf das Exempel der Kollektivierung, war Stalins überragende Stellung in der Partei gesichert.

III.

Einen Wendepunkt in Stalins Regierungsmethoden brachte das Jahr 1934. Diese Wendung ist eng mit der Person *Kirows* verknüpft. Von entscheidender Bedeutung für die Erkenntnis dieser Periode ist die Tatsache, daß es bis zu diesem Zeitpunkt innerhalb der sowjetischen Hierarchie noch eine Art freier demokratischer Meinungsäußerung gegeben hat. Innerhalb des Zentralkomitees war es gestattet, Ansichten zu vertreten, die denen der Parteileitung entgegengesetzt waren. Das Politbüro übte noch nicht seine unumschränkte Herrschaft aus. Nur an *eine* unumstößliche Regel war jedes Mitglied gebunden: war ein Mehrheitsbeschluß gefaßt, so hörte die Kritik auf; nun war jeder zu Gehorsam verpflichtet.

In diesen Jahren hatte sich der «Gauleiter» von Leningrad, Kirow, in die erste Reihe der Machthaber vorgearbeitet. Nach Leningrad entsandt, um mit der Sinowjew-Opposition seines Vorgängers aufzuräumen, hatte er gründliche Arbeit geleistet. Aber jetzt, nach der Niederwerfung der Opposition, nach durchgeführtem Fünfjahresplan und durchgekämpfter Kollektivierung, trat er für größere Milde, für eine freiheitlichere Verfassung und eine gewisse Demokratisierung ein. Zu den Vorarbeiten für den Verfassungsentwurf zog er Oppositionelle heran. Erfolgreich widersprach er Stalin, als dieser die Hinrichtung eines Mitgliedes der Opposition, Rjutin, beantragte. Seine glänzende Beredsamkeit, seine gewinnende Persönlichkeit trugen ihm bei seinem Auftreten im Zentralkomitee zuweilen jubelnderen Beifall ein als Stalin. Kirow wurde zu einem der Sekretäre des Zentralkomitees mit dem Amtssitz in Moskau gewählt.

Hier hat nun Stalins niemals ruhendes Mißtrauen eingesetzt. Er

zögerte Kirows Amtsantritt und seine Übersiedlung in die Hauptstadt neun Monate hinaus. Im Dezember 1934 aber wurde Kirow in seinen Amtsräumen im Smolny-Institut in Leningrad von einem Parteigenossen, Nikolajew, ermordet. Die GPU. hatte den «Gauleiter» nicht einmal innerhalb der Räume der «Gauleitung» zu schützen vermocht. Kein Wunder, daß die Gerüchtebildung sofort einsetzte. Heute herrscht kein Zweifel darüber vor, daß Kirow mit Duldung oder auf Veranlassung der GPU. ermordet wurde. Schon der Wechsel der offiziellen Parolen gab zu denken. Erst wurde verbreitet, er sei faschistischen Agenten zum Opfer gefallen, dann wurde der Opposition die Schuld in die Schuhe geschoben. Stalin selbst fuhr nach Leningrad, um die Untersuchung persönlich zu führen. Der Urheber der Tat wird niemals ermittelt werden. Nutzen hat allein Stalin von ihr gehabt.

Von diesem Zeitpunkt an setzt das planmäßige Bestreben Stalins ein, jede Regung einer abweichenden Meinung im Keime zu ersticken und seine Machtstellung unter Ausschaltung aller anderen Instanzen aufs schärfste zu zentralisieren. Das Politbüro, mit unbedingt zuverlässigen Anhängern des Diktators besetzt, wurde allmächtig. Alle diejenigen, die noch im Rahmen der Parteidisziplin eine selbständige Meinung geäußert hatten, die «alten Kämpfer» also, mußten verschwinden. Die Strömungen innerhalb Gesamtrußlands, die für eine Autonomie der einzelnen Völkerschaften eingetreten waren — Ukrainer, Georgier —, mußten ausgeschaltet werden. Und selbstverständlich wurden diejenigen liquidiert, die sich gegen diese Terrormethoden empörten. So erklärt sich zwanglos die Serie von Schauprozessen und Massenliquidationen, die den folgenden Jahren ihr Gepräge gaben. In vier großen Schauprozessen wurden von 1936 bis 1938 die alten Kämpfer — ob Rechts-, ob Linksoppositionelle — ausgeschaltet. Die Wortführer der nationalen Minderheiten verschwanden: in der Ukraine Skripnik, Petrowski, Tschubar, Grinko; in Georgien Jenukidse, Eliawa, Mdiwani, Swanidse; in Aserbeidschan Narimanow. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen ging die Säuberung der Roten Armee, der 60—90 % der höheren Kommandeure zum Opfer fielen. Daß unter ihnen eine Verschwörung bestand, um das Regime umzustürzen und es durch ein vernünftigeres zu ersetzen, unterliegt keinem Zweifel. Über die Einzelheiten dieser Verschwörung und ihrer Durchführung sind die verschiedensten Lesarten verbreitet. Von den 71 Mitgliedern des Zentralkomitees waren 1938 noch 21 da; 3 starben eines natürlichen Todes, 36 waren spurlos verschwunden, 9 wurden amtlich als hingerichtet gemeldet, 1 wurde ermordet, 1 verübte Selbstmord. Damit war die Opposition ausgerottet. Es beginnt der zweite Abschnitt oppositioneller Strömungen.

IV.

In voller Stärke setzte der zweite Abschnitt der oppositionellen Bewegungen erst nach dem zweiten Weltkrieg ein. Aber auch seine Vorgeschichte hatte innerpolitische Erscheinungen zur Folge, die teils eine unmittelbare Opposition auslösten, teils die Keime zu späteren oppositionellen Strömungen legten.

Der Stalin-Hitler-Pakt von 1939 erschütterte die kommunistische Partei bis in ihre Grundfesten. Kein Wunder, nachdem sechs Jahre lang Todfeindschaft gegen den Faschismus gepredigt worden war. Ein erneutes Aufflammen des Trotzismus machte sich insbesondere auf den Außenposten bemerkbar. Aber die Hauptvertreter dieser Opposition, Antonow-Owsejenko in Barcelona und Marcel Rosenberg in Paris, wurden bald ausgeschaltet.

Auch in den Kreisen der Militärs regte sich Widerstand gegen die dilettantische Kriegsführung, die Woroschilow und Budjonny in den Anfangsstadien des Krieges vorgeworfen wurde. Wir müssen Ruth Fischer die Verantwortung für die Version überlassen, daß eine Verschwörergruppe unter den Generälen einen Sonderfrieden mit Deutschland anstrebte, aber wegen der maßlosen Forderungen Hitlers von diesem Vorhaben Abstand nahm. Eines der Häupter der Verschwörung, General Wlassow, habe sich dann aus Furcht, daß das Komplott entdeckt worden sei, von den Deutschen gefangen nehmen lassen und von der Gegenseite aus seine umstürzlerische Tätigkeit fortgesetzt.

Große Bedeutung kommt diesen Regungen einer organisierten Widerstandsbewegung nicht zu; denn bekanntlich faßte Stalin die gesamten Kräfte des Landes zum Widerstand gegen den deutschen Eindringling zusammen, indem er an alle patriotischen und nationalistischen Gefühle des Russentums appellierte. Die geschichtliche Tradition mit den Namen Peters des Großen, Suworows und Kutusows wurde wieder belebt; die militärischen Dienstgrade, Orden und Abzeichen wurden wieder eingeführt; der orthodoxen Kirche wurden größere Freiheiten gewährt; und auch der Panslawismus mußte zur Begründung des sowjetischen Imperialismus herhalten. Daß Stalin mit diesen Bemühungen keinen vollen Erfolg erzielte, wissen wir aus der Tatsache, daß etwa 800 000 russische Soldaten bis Kriegsende auf deutscher Seite mitgekämpft oder doch mitgeholfen haben, mit einem Prozentsatz von Desertionen von weniger als 2 %.

Aber die nationalistische Saat, die Stalin während des Krieges in Rußland und in den Satellitenstaaten ausstreute, hat Früchte getragen, die er keineswegs herbeigewünscht hat.

V.

Als Folgeerscheinung hat sich der Kommunismus nationalistischer Prägung, der *National-Kommunismus* also, entwickelt, welcher der Stalinschen Konzeption von einer zentralistischen, kommunistischen Weltherrschaft unter Beibehaltung der Zwangskollektivierung und einer überhitzten Industrialisierung scharf widerspricht. Diese national-kommunistischen Strömungen in den einzelnen Satellitenstaaten sind uns wohlbekannt. Wir können ihnen heute nicht im einzelnen nachgehen, aber wir können aus ihnen den Rückschluß ziehen, daß entsprechende russische nationalistische Strömungen in der Sowjetunion selbst verbreitet sind.

Selbst wenn diese Feststellung sich nicht aus der Tatsache ergäbe, daß die im Krieg angestachelten Leidenschaften sich nicht bei Kriegsende sofort abschalten lassen, wäre unsere Schlußfolgerung aus der lebendigen Wechselwirkung berechtigt, die zwischen der Kominform und den höheren Moskauer Parteikreisen besteht. Die Kominformkrise, die sich in den Satellitenstaaten entwickelte, hat in Moskau Wirkungen und Gegenwirkungen ausgelöst. Hätte Dimitrow es vor drei Jahren gewagt, für eine Balkan-Föderation einzutreten, wenn er nicht eines starken Rückhaltes in Moskau sicher zu sein glaubte? Und das offizielle Organ Titos, die «Borba», wird schon Bescheid wissen, wenn sie als Grund für die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Sowjetunion den dort herrschenden «Panrussianismus» anführt.

Übrigens sei bei dieser Gelegenheit auf die Bedeutung hingewiesen, die dieser Maßnahme so kurz nach den Jubelfeiern für Stalins 70. Geburtstag zukommt — drei Jahre nachdem sie als Belohnung für die Kriegleistungen des russischen Volkes aufgehoben worden war. Und wohlgemerkt: sie wurde nicht für gemeine Verbrechen wiedereingeführt, sondern für «Staatsfeinde» und «Saboteure» — also für politische Oppositionelle und wirtschaftliche GOSLOW-Taktiker. Diese Maßnahme läßt weitgehende Rückschlüsse auf innerrussische Oppositionströmungen zu.

Eine weitere Kriegsfolge hat dem Politbüro schwer zu schaffen gemacht: *das Westlertum*. Dieses Gebiet ist in der Presse der westlichen Welt ausgiebig behandelt worden, so daß hier dieser kurze Hinweis genügt. Die eurasiatische Gegenoffensive richtet sich einerseits gegen die geistigen, wissenschaftlichen und künstlerischen Auswirkungen des Westens und erstrebt ihre Ersetzung durch einen engstirnigen Nationalismus. Andererseits wurde die Ansteckung der im Westen als Okkupationstruppen tätig gewesenen russischen Soldaten und Beamten durch Umschulungskurse und noch schärfere Maßnahmen bekämpft. Die unerbittliche Rücksichtslosigkeit, mit der dieser Kampf insbesondere von Schdanow geführt worden ist, läßt

Rückschlüsse darauf zu, wie tief sich das Gift nach Ansicht des Politbüros schon eingefressen hatte.

Und damit sind wir bei einer Schlüsselfigur der russischen Nachkriegsentwicklung angekommen: bei *Schdanow*. Stalin hatte ihn seinerzeit als «Gauleiter» nach Leningrad geschickt, wo er mit den Überresten der Kirow-Anhänger aufräumen sollte, ebenso wie Kirow denselben Auftrag hinsichtlich seines Vorgängers Sinowjew erhalten hatte. Während des Krieges hatte sich Schdanow bei der Verteidigung Leningrads ausgezeichnet und war dafür mit dem Rang eines Generalobersten belohnt worden. Nach dem Krieg vertraute ihm Stalin die wichtigsten Aufgaben an: ob es sich um die Säuberung der Partei handelte, ob um die Ausrottung des Westlertums, ob um die Leitung der Kominform, also um die politische Linie gegenüber den Satellitenstaaten — überall hatte Schdanow die Führung in der Hand. Er hat diese Aufgaben nicht nur rücksichtslos, sondern auch mit einer neuen Variante durchgeführt, die Stalins Nachkriegspolitik, insbesondere nach 1947, auszeichnet: als Vertreter eines großrussischen Nationalismus, der auf eine unbeschränkte Ausdehnung seines Herrschaftsbereiches ausgeht. Diese Tendenzen stehen also in scharfem Gegensatz zum Nationalkommunismus, der sich auf das eigene Volkstum beschränkt. Schdanow ist verantwortlich für die rücksichtslose Zentralisierungspolitik gegenüber den Satellitenstaaten und — weniger auffällig — auch gegenüber den in Rußland beheimateten nationalen Minderheiten. Er starb überraschend schnell im August 1948, und zweifellos vielen Leuten sehr gelegen.

Wie es auch um seinen Tod bestellt sein möge, zweifellos ist, daß er im Mittelpunkt einer vielverschlungenen Intrige stand, die sich innerhalb des Politbüros abspielt. Es sind Vermutungen geäußert worden, daß auch der Rücktritt Molotows und Mikojans von ihren Ministerposten auf den Streit über die Satellitenpolitik und ihre Moskauer Rückwirkungen zurückzuführen sei. Aber über eines wissen wir genau Bescheid: daß Schdanow in bitterer Fehde gegen *Malenkow*, den neuen Stern am Himmel des Politbüros, gestanden hat. Der Grund für diese Feindschaft ist nicht ohne weiteres klar. Denn auch Malenkow ist ein Anhänger der eurasiatisch-russischen chauvinistischen Politik. So geht man nicht fehl, wenn man einen reinen Machtkampf um die Kronprinzenstellung bei Stalin annimmt. Daß Malenkow mit dem GPU.-Chef Berija eng befreundet ist, wird ihm nur nützlich gewesen sein.

Daß es sich ferner bei dem Kampf Schdanow-Malenkow um eine Auseinandersetzung von der Bedeutung des Streites zwischen Stalin und Trotzki gehandelt hat, geht auch aus der rücksichtslosen Konsequenz hervor, mit der Malenkow alle Anhänger seines verstorbenen Konkurrenten jetzt noch verfolgt. Es ist dabei bezeichnend, daß die

Säuberung an genau denselben Stellen einsetzt, die von jeher Nervenpunkte im Aufbau der kommunistischen Partei gewesen sind: bei der «Gauleitung» Leningrad, bei der Regierung des Bundesstaates Rußland — der RSFSR. — und bei der politischen Leitung der Roten Armee. Ebenso wie die «Gauleitung» Leningrad wiederholt gesäubert werden mußte, hat jetzt Malenkow die fünf Parteisekretäre — darunter den wohlbekannten Popkow — abgesetzt; der Staatspräsident und der Ministerpräsident der RSFSR., Radionow und Wlassow, mußten das Schicksal ihres Vorgängers Syrzow teilen; und der Leiter der politischen Verwaltung der Roten Armee, Generaloberst Schitin, wurde von seinem Amte entfernt, ebenso wie sein Vorgänger, Marschall Gamarnik, den Selbstmord der Verurteilung durch ein Standgericht vorzog.

Und so ist es vielleicht kein Wunder, daß auch an zahlreichen anderen Stellen die alten Wunden wieder aufzuplatzen scheinen. Der Gegensatz Partei-Armee schwelt unter der Oberfläche fort. Die Heerführer des zweiten Weltkrieges wurden bald nachher «entheroisiert», indem sie entlegene Kommandos erhielten. Es ist in dieser Beziehung bezeichnend, daß Marschall Schukow nach Kriegsende den wohlgemeinten Vorschlag machte, daß verdiente Rotarmisten mit einer Bauernstelle — zu freiem Eigentum! — ausgestattet werden sollten.

Von dem andauernden Widerstand gegen die Kollektivierung legen nicht nur fortgesetzte Klagen der Sowjetpresse über angebliche Mißstände — wie die Zurückhaltung des Ablieferungssolls, Unbrauchbarmachung der Maschinen, Vergrößerung des privatwirtschaftlichen Sektors — Zeugnis ab; man hat sogar ein Mitglied des Politbüros, Andrejew, wegen Verbreitung von Irrlehren auf diesem Gebiet anpöbeln lassen — ein kaum noch dagewesener Vorgang. Und ebenso unerhört war die de- und wehmütige Abbitte Andrejews in den Spalten der «Prawda».

Auch sonst hat der Wachhund der Partei, die «Prawda», Stellen und Organisationen angegriffen, die früher ihrem Zugriff entrückt schienen. Bedeutsam ist insbesondere eine schwere Zurechtweisung, die das Parteiblatt der «Trud», dem Organ der Gewerkschaften, zuteil werden ließ. Es legt Zeugnis von einer ausgesprochenen Oppositionsstimmung innerhalb der Gewerkschaften, also der alten Garde der Partei, ab, daß sie der «ideologischen Cliquenbildung» angeklagt werden.

Demgegenüber treten massive Angriffe der «Prawda» gegen verschiedene Ministerien wegen gefälschter Statistiken und fehlerhafter Disposition der vorhandenen Arbeitskräfte auf Grund der geringeren Bedeutung dieser Behörden zurück.

Bezeichnend aber für die Stärke der oppositionellen Strömungen

ist die *Episode Varga-Wosnessenski*, die sich vor einigen Monaten abgespielt hat. Der bekannte, angesehene Sowjetwirtschaftler Professor Varga hatte Irrlehren über grundlegende marxistische Glaubenssätze verbreitet, die ihm normalerweise den Kopf gekostet hätten. Er wurde auch zur Rechenschaft gezogen, mußte Abbitte leisten, durfte aber einige seiner vielen Ämter weiter bekleiden. Als Grund für diese ungewöhnliche Milde wird angenommen, daß eine einflußreiche Oppositionsgruppe ihre Hand schützend über ihn gehalten hat. Sein Widersacher und literarischer Bekämpfer, das höchst einflußreiche Mitglied des Politbüro und Leiter des Fünfjahresplans, Wosnessenski, ist jedoch, wie bekannt, von diesen Posten entfernt worden. Über seinen Verbleib ist nichts bekannt.

Auch die oppositionelle Strömung in den Gebieten der nationalen Minderheiten gibt dem Kreml zu schweren Sorgen Anlaß. Der gesamte Partei-Apparat in der Ukraine hat durchgesäubert werden müssen. Besonders aufsässige Gebietsteile hier und in Kasakstan wurden ausgesiedelt. Das Partisanen-Unwesen in der westlichen Ukraine hat sich letzthin eher vergrößert als verringert.

Ein Überblick über diese Oppositionsgruppen, die in verschiedener Form und Auswirkung sich durch die gesamte Parteipyramide ziehen, führt zu der Schlußfolgerung, daß der angebliche Monolith recht beachtliche Sprünge aufweist.

Aber ebenso wie ein Übersehen dieser Spaltungen zu falschen Urteilen führen würde, ebenso sehr muß man sich vor der Schlußfolgerung hüten, daß diese oppositionellen Strömungen einen Zerfall der Partei, einen Zusammenbruch der Wirtschaft oder eine tödliche Bedrohung des Staatsgefüges bedeuteten. Wir können uns jedoch die Erkenntnis zu eigen machen, daß die Sowjetunion, und vor allem die Partei, jetzt durch eine so schwere Krise geht wie noch nie nach den Schauprozessen 1936—38 und der Auseinandersetzung zwischen Stalin und Trotzki. Jedenfalls haben wir im Westen keinen Anlaß, auf die Sowjetunion lediglich mit der Angst zu sehen, mit der das hypnotisierte Kaninchen die Riesenschlange anstarrt.